

Erich Gutenberg-Preis

Herrn Professor August-Wilhelm Scheer wird der Preis im Rahmen eines Festaktes durch den Vorsitzenden der Erich-Gutenberg-Arbeitsgemeinschaft, Professor Reese, verliehen: Mit Professor Scheer ehrt die Erich-Gutenberg-Arbeitsgemeinschaft eine herausragende Persönlichkeit des Wirtschaftslebens, die aus der Schule Erich Gutenbergs stammt und es in vorbildlicher Weise verstanden hat, das Unternehmensverständnis Gutenbergs in die Praxis umzusetzen. Die von ihm gegründeten und mit großem Erfolg betriebenen Unternehmen beweisen nachdrücklich, wie es gelingen kann, klare wissenschaftliche Konzeptionen auf komplexe praktische Sachverhalte anzuwenden. Mit der »Architektur integrierter Informationssysteme« (ARIS) hat Professor Scheer eine weltweit anerkannte und viel erprobte Beschreibungs- und Gestaltungsmethode für Informationssysteme entwickelt.

Trustcenter der Deutschen Rentenversicherung

Die Deutsche Rentenversicherung hat in Berlin ihr Trustcenter offiziell in Betrieb genommen. 73.000 Mitarbeiter der Rentenversicherung erhalten jetzt sukzessive Chipkarten, mit denen sie Dokumente rechtsverbindlich elektronisch unterschreiben können. Die Deutsche Rentenversicherung Bund ist die erste Behörde der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Mitarbeiter selbst mit Chipkarten und Zertifikaten ausstattet, dafür ein eigenes Trustcenter aufgebaut hat und es selbst betreibt. Realisiert wurde das Trustcenter von Siemens Business Services als Generalunternehmer.

Weitere Informationen: Deutsche Rentenversicherung Bund, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Ulrich Theil, 10704 Berlin, Telefon: (030) 865-22612, E-Mail: ulrich.theil@drv-bund.de.

KDZ-Publikation: Public Governance

Helfried Bauer, Peter Biwald, Elisabeth Dearing (Hrsg.), Public Governance, Öffentliche Aufgaben gemeinsam erfüllen und effektiv steuern, ISBN 3-7083-0300-8, 427 Seiten, 44,80 Euro, Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien 2005.

Ziel der Publikation ist es, Public Governance als Konzept und Strategie sowie einige Handlungsfelder zu beleuchten, denn das Governance-Konzept verleiht der Verwaltungsmodernisierung neue Impulse. Über die Effizienz im betriebswirtschaftlichen Sinn hinaus werden die Effektivität des öffentlichen Handelns, die erreichten Problemlösungen für die Bürger (politische Wirkung), die mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam erfüllt und gesteuert werden, thematisiert. Bestellmöglichkeit im Internet unter: www.kdz.or.at/index.php?id=publikationen.

Virtueller Adler des Deutschen Bundestages

Er ist gefiedert und gibt detaillierte Auskünfte über die Bundespolitik: Der virtuelle Adler des Deutschen Bundestages ist mit neuer Mission im Einsatz. Während des Wahlkampfes noch als Wahlberater für den Deutschen Bundestag unterwegs, informiert er jetzt unter www.bundestag.de über das Parlament und seine Arbeit. Das Online-Konzept basiert auf dem Modul der novomind Self Service Suite™: novomind IQ™ und wurde im Hause des novomind-Partners Babel implementiert.

Mit dem Bundestag setzt eine weitere öffentliche Einrichtung auf die virtuellen Helfer des Hamburger Softwarehauses. Vorreiter war das Bundesministerium für Gesundheit. Hier beantwortet seit 2003 die virtuelle Beraterin Clara Fragestellungen rund um die Gesundheitsreform. Seitdem sind bei vier weiteren Ministerien elektronische Helfer auf Basis von novomind IQ™ im Einsatz.

Weitere Informationen: novomind AG, Bramfelder Strasse 121, 22305 Hamburg, telefon: (040) 2703-73 82, E-Mail: susanne.baganz@mummert.de, Internet: www.novomind.com.

Weiterbildungsmaßnahme »Modernisierung des Staates«

Die FernUniversität in Hagen, Lehrgebiet »Politische Regulierung und Steuerung«, bietet auch im Sommer 2006 eine zertifizierbare wissenschaftliche Weiterbildungsmaßnahme im Bereich der aktuellen Diskussion zur Verwaltungsmodernisierung an. Sie richtet sich vor allem an Führungskräfte und Beschäftigte in öffentlichen Verwaltungen, steht aber prinzipiell auch anderen Teilnehmern offen. Die Teilnahme soll es ermöglichen, die aktuelle Debatte um Verwaltungsmodernisierung besser beurteilen zu können und zugleich Hilfestellung zur Bewältigung praktischer Probleme zu erlangen. Das Weiterbildungsangebot besteht aus einem Fernstudienkurs zur »Modernisierung des Staates« sowie einem zweitägigen Weiterbildungsseminar an der FernUniversität.

Die nächste Weiterbildungsmaßnahme beginnt Mitte Juni 2006, vorläufiger Anmeldeschluss ist Ende Februar 2006. Die Kosten pro Teilnehmer betragen 260 Euro. Zusätzliche Informationen und Zulassungsantrag im Internet unter www.fernuni-hagen.de/POLAD/weiterb.htm.

Internetgestützte Bürgerbeteiligung

Die Initiative eParticipation stellt ihre zweite Studie »Bürgerbeteiligung im Internet« vor. Spitzenreiter aller Städte über 100.000 Einwohnern ist wie im Jahr zuvor Berlin. Wesentlich aufgeholt haben die Städte Freiburg und München. Die Ergebnisse zeigen: Die Möglichkeiten für Bürger, sich im Internet über Stadtpolitik zu informieren, mit Entscheidungsträgern in Dialog zu treten und an Entscheidungen teilzunehmen, sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich besser geworden. Dies ist ein Indiz, dass sich in den Kommunen ein neuer, bürgernaher Politikstil entwickelt. Gleichzeitig verdeutlichen die sehr guten Projekte einzelner Kommunen, dass die breite Masse der Städte noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Sie verschenken Chancen, wenn es darum geht wichtige politische Themen transparent aufzubereiten und den Rat der Bürger für Entscheidungen einzuholen.

Die Studie kann unter www.Initiative-eParticipation.de kostenlos heruntergeladen werden.

Aus den »Bemerkungen 2005« des Bundesrechnungshofs vom Dezember 2005, S. 19 (www.bundesrechnungshof.de):

Bedarf an zentralen IT-Komponenten

Für zentrale IT-Komponenten, die die Bundesbehörden bei der Bereitstellung ihrer Dienstleistungen im Internet gemeinsam nutzen sollten, ist kein ausreichender Bedarf feststellbar gewesen. Bis Ende des Jahres 2005 waren für zentrale IT-Infrastrukturen, die alle Bundesbehörden unterstützen sollen, 34 Mio. Euro eingeplant, obwohl weder verlässliche Daten über die Nutzung noch Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vorlagen. Das für den IT-Einsatz der Bundesverwaltung zuständige Bundesministerium des Innern (Bundesministerium) hat die Ziele, durch einen breiten Einsatz der zentralen Systeme Synergien zu nutzen und Mehrfachentwicklungen zu vermeiden, nicht konsequent verfolgt. Die Wirtschaftlichkeit der zentralen IT-Strukturen bleibt offen, da die Nutzerzahlen bisher weit hinter den Erwartungen des Bundesministeriums zurückgeblieben sind. Das Bundesministerium hat eingeräumt, dass ein breiter Einsatz mit den bisherigen Nutzungszahlen noch nicht erreicht sei. Es geht aber davon aus, dass die Einsätze stetig steigen werden.

Aus den »Bemerkungen 2005« des Bundesrechnungshofs vom Dezember 2005, S. 20 (www.bundesrechnungshof.de):

Standardisierte Kosten- und Leistungsrechnung

Das im Jahre 1997 entwickelte Fachkonzept des Bundesministeriums der Finanzen (Bundesministerium) für eine standardisierte Kosten- und Leistungsrechnung (Standard-KLR) in der Bundesverwaltung hat zum Ziel, die Kostentransparenz zu verbessern und ein wirtschaftliches Verhalten zu fördern. Es sieht zwischenbehördliche Vergleiche und einen »Wettbewerb der Besten« für solche Aufgaben vor, die in nahezu allen Behörden in vergleichbarer Form vorkommen. Der Bundesrechnungshof stellte fest, dass die geprüften Behörden von den Standardvorgaben abweichende KLR-Systeme eingeführt hatten. Sie nutzten die Ergebnisse ihrer KLR für den allgemeinen Verwaltungsbereich nicht zur Planung, Steuerung und Kontrolle ihrer Kosten und Leistungen. Ansätze für behördenübergreifende Vergleiche waren rar.

Aus dem 26. Tätigkeitsbericht 2005 des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, S. 83 (www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de):

Entwicklungen in der IuK in den letzten Jahren

In diesem Jahr feierte unsere Dienststelle ihr 25-jähriges Bestehen. Im Vergleich mit anderen Rechtsgebieten ist der Datenschutz damit noch sehr jung. Gemessen an der Lebensdauer informationstechnischer Produkte und Trends stellen die 25 Jahre hingegen einen Zeitraum dar, innerhalb dessen sich viele grundlegende Veränderungen ergeben haben. Das 25-jährige Jubiläum soll daher Anlass sein, einige wichtige Änderungen aus dieser Zeit Revue passieren zu lassen:

Als die Dienststelle der Landesbeauftragten für den Datenschutz im Jahr 1980 ihre Arbeit aufnahm, fand die elektronische Verarbeitung personenbezogener Daten noch vorwiegend in Großrechnern statt, die in einigen wenigen staatlichen und kommunalen Rechenzentren betrieben wurden. Auf diese Weise nutzte beispielsweise die Polizei ihre Personalauskunftsdatei (PAD), die Finanzämter ließen Steuerbescheide maschinell ausfertigen und die Kommunen nutzten die Großrechner, um ihre Melderegister automatisiert zu führen. Viele Behörden verfügten noch nicht über eigene Computer und am typischen Büroarbeitsplatz befand sich weder ein zur Nutzung der Großrechner verwendbares Terminal noch gar ein PC. Wie eh und je spielte sich die Datenverarbeitung der Verwaltung noch vorwiegend in Akten und Karteien ab.

Mit dem im Jahr 1985 verabschiedeten Landessystemkonzept kamen ressortübergreifende EDV-Projekte in Gang. Damit fiel auch der Startschuss für den Aufbau des speziell für die Behördenkommunikation vorgesehenen Landesverwaltungsnetzes. Bis dahin hatten einzelne Ressorts unabhängig voneinander überregionale Datennetze aufgebaut. Der Polizei stand beispielsweise ein landesweites Netz zur Verfügung, an das weniger als 300 Terminals angeschlossen waren. Diese Netze wurden ab 1986 Schritt für Schritt im Landesverwaltungsnetz zusammengeführt. Als Datendrehscheibe diente eine Dreiecksverbindung (Backbone) zwischen Rechenzentren in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg. Noch bis 1991 wurden die Daten dabei mit einer aus heutiger Sicht bescheidenen Übertragungsrate von 19 200 Bit pro Sekunde übertragen. Heute steht jedem Internet-Nutzer, der die ISDN- oder DSL-Technik einsetzt, ein Vielfaches davon zur Verfügung.

Mit der weiteren Verbreitung der Arbeitsplatz-PCs, dem Ausbau der lokalen Netzwerke und deren Anschluss an das Landesverwaltungsnetz ging eine immer intensivere Nutzung der elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten einher. Folgende Zahlen mögen dies verdeutlichen:

- Im September 1993 tauschten die Ministerien 5 000 E-Mails aus.
- Im April 1999 versandten und empfangen die an das LVN angeschlossenen Stellen bereits 370 000 Mails. Nach der Koppelung des LVN mit dem Internet hat sich die Anzahl weiter sprunghaft erhöht.
- Im Jahr 2004 wurden monatlich im Durchschnitt mehr als 5 Millionen E-Mails über das LVN ausgetauscht, viele davon waren an Empfänger im Internet gerichtet oder stammten aus dem Internet. Die damit verbundenen Sicherheitsprobleme lassen sich erahnen, wenn man bedenkt, dass mehr als ein Drittel aller aus dem Internet kommenden E-Mails virenverseucht war.



**Leitfragen
Mitarbeiterportale**

Strategische Vorgehensweise bei der Einführung eines Mitarbeiterportals

Strategische Vorgehensweise bei der Einführung eines Mitarbeiterportals



1. Auflage 2006; 36 Seiten
8,50 Euro; AWW-Verlag,
Eschborn, Best.-Nr.: 01 619
ISBN 3-931193-51-9

Den optimalen Weg zu einem Mitarbeiterportal gibt es nicht per Rezept. In der AWW-Broschüre »Leitfragen Mitarbeiterportale« werden Leitfragen zu Themenbereichen gestellt, die eine strategische Vorgehensweise bei der Einführung eines Mitarbeiterportals erleichtern. Der AWW-Arbeitskreis »E-Government« hat den Leitfaden aufbauend auf den Erkenntnissen zweier Tagungen zum Thema entwickelt, um die Vorgehensweise bei der Einführung eines Mitarbeiterportals zu strukturieren. Gegliedert nach Themenbereichen werden Fragen gestellt und Informationen gesammelt, die für die Konzeption von Entwicklung, Umsetzung und Betrieb eines Mitarbeiterportals nötig sind.

Interessenten können die Publikation bei der AWW unter www.awv-net.de/cms/front_content.php?idcat=100&prod_id=66 bestellen.

Vorschau auf die kommenden Hefte

Eberhard Bohne: *Kriterien und institutionelle Voraussetzungen des Bürokratieabbaus*

Joachim Lohmann: *Konsolidierungsfähigkeit der Landeshaushalte*

Klaus Lenk: *Innovation oder Nachahmung – Was kann man von E-Government-Preisträgern lernen?*

Ekkehard Grunwald: *Der neue Haushalt – Die Reform überzeugend kommunizieren*

Dieter Grommas: *Interne Budgetierung in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen*

Andreas Gehlert und Karsten Halbauer: *Temporale Aspekte in der Geschäftsprozessmodellierung in der öffentlichen Verwaltungen*

Erik Ruh: *Zahlungsmoral: Vorbild öffentliche Hand?*

Georg Sauer: *Möglichkeiten der Nutzung von elektronischen Dokumenten-Management-Systemen*